



CHANGE

GRÜNER & SOZIALER

AUS DER KRISE

ZUM SCHUTZ DER SCHWÄCHSTEN

COVID-19-POSITIONSPAPIER DER GRÜNEN FRAKTION

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- In ihrem Positionspapier stellt die Grüne Fraktion ihre wichtigsten politischen Forderungen zur Covid-19-Pandemie vor.
- Für die Grüne Fraktion muss der Schutz der physischen und psychischen Gesundheit und der Schutz besonders verletzlicher Personen (wie z.B. ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Risikopatient*innen und Geflüchtete) im Zentrum der Pandemiebewältigung stehen.
- Für die Grüne Fraktion muss auch der Situation der Frauen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden: Sie leiden ganz besonders unter der Krise und ihrer Folgen.
- Die Grüne Fraktion setzt sich dafür ein, dass Klein- und Kleinstunternehmen, Kulturschaffende, Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer*innen bestmöglich vor den negativen Auswirkungen der Krise geschützt werden.
- Die Grüne Fraktion engagiert sich mit konkreten Vorschlägen dafür, dass die Krisenbewältigung die Transformation hin zu einer grüneren und sozialeren Zukunft beschleunigt.
- Die Grüne Fraktion fordert mehr internationale Kooperation und Solidarität zur globalen Bewältigung der Pandemie.
- Um die Akzeptanz einer Impfung sicherzustellen, ist seitens der Behörden eine kohärente, klare und transparente Informationspolitik über die Zulassung, die Wirksamkeit und die Risiken der Impfstoffe unabdingbar. Menschen, welche auf eine Impfung verzichten, dürfen keinerlei (soziale) Nachteile oder Druck erfahren.

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

Im Frühjahr 2020 konnten die Fallzahlen der ersten Covid-19-Welle dank raschem und konsequentem Handeln der Politik und der Bevölkerung rasch gesenkt und ein Kollaps des Gesundheitssystems verhindert werden. Dank umfangreichen Soforthilfemassnahmen des Bundesrates – die teilweise aufgrund des hohen Drucks aus dem Parlament ergriffen wurden – konnten die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Krise zumindest kurzfristig abgefedert werden.

Trotz der guten Ausgangslage – und der Warnungen seitens der Swiss National COVID-19 Science Task Force – konnte im Herbst 2020 der Ausbruch einer zweiten Welle nicht verhindert werden. Das zögerliche Vorgehen der Behörden, die Überlastung wichtiger Systeme zur Eindämmung des Virus sowie der Druck der Wirtschaftsverbände haben dazu beigetragen, dass die zweite Welle deutlich heftiger ausgefallen ist als die erste: Auf dem Höhepunkt dieser zweiten Welle wurden über 10'000 Personen am Tag positiv auf das Coronavirus getestet. In der Folge fallen auch die Anzahl der Hospitalisationen und der belegten Intensivbetten höher aus als noch im Frühjahr. Mittlerweile sind über 5'000 Menschen am Coronavirus gestorben.

Während wir derzeit auf sinkende Fallzahlen, Hospitalisierungen und Todesfälle hoffen, ist es dringend notwendig, sich auf den weiteren Verlauf der Pandemie einzustellen. Basierend auf den Erfahrungen der ersten beiden Wellen fasst das vorliegende Positionspapier die Einschätzung der Grünen Fraktion zur bisherigen Pandemiebewältigung zusammen und zeigt die wichtigsten Forderungen für den weiteren Verlauf der Pandemie auf. Das Warten auf einen erfolgsversprechenden und sicheren Impfstoff muss mit einer Politik zur Eindämmung des Virus und der Unterstützung von betroffenen Menschen und von kleinen und mittleren Unternehmen einhergehen. Nur so kann der Schutz vulnerabler Personen und auch der Wirtschaft sichergestellt werden.

1. **Für die GRÜNEN muss der Schutz vulnerabler Personen im Zentrum der Pandemiebewältigung stehen.** Insbesondere muss der Situation älterer Menschen, von Risikopatient*innen, Geflüchteten und von Menschen mit Behinderung deutlich mehr Aufmerksamkeit zukommen als bisher. Es ist für die GRÜNEN nicht hinnehmbar, dass der Schutz der physischen und psychischen Gesundheit vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird. Die GRÜNEN fordern den Bundesrat denn auch dazu auf, endlich eine verbindliche Strategie zur Eindämmung des Coronavirus vorzulegen und seine Massnahmen auf die Definition von vorab definierten Zielgrössen hin ausrichten.
2. **Die GRÜNEN setzen sich weiterhin dafür ein, die sozialen und ökonomischen Auswirkungen dieser Pandemie auf die Menschen zu beschränken.** In den vergangenen Monaten hat sich einmal mehr deutlich gezeigt, dass die bürgerlichen Parteien einzig die Interessen der grossen Konzerne schützen und den Grossteil der hiesigen Wirtschaft – Klein- und Kleinstunternehmen, Kulturschaffende, Selbständigerwerbende, Arbeitnehmer*innen – im Regen stehen lassen. Die GRÜNEN fordern darum u.a. einen hundertprozentigen Lohnersatz für Geringverdiener*innen bei Kurzarbeit sowie effiziente Unterstützungsprogramme für besonders von der Krise getroffene Branchen wie etwa die Kultur oder die Gastronomie.
3. **Die GRÜNEN machen konkrete Vorschläge, wie wir jetzt die Weichen stellen müssen, um grüner und sozialer aus der Krise herauszufinden.** Der 3-Punkteplan sieht eine Verdoppelung der Förderung von erneuerbarem Strom, ein Bildungs- und Umschulungsprogramm sowie eine ambitionierte Care-Offensive vor. Der 3-Punkte-Plan ist damit beschäftigungswirksam, schafft neue Perspektiven und beschleunigt die Transformation hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft.
4. **Für die GRÜNEN ist klar, dass die globale Pandemiebewältigung nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur durch internationale Kooperation und Solidarität gelingen kann.** Der bisherige Verlauf der Krise hat klar gezeigt, dass eine globale Antwort auf die Pandemie notwendig ist. Die Schweiz muss sich für eine entschlossene, multilaterale Krisenbewältigung einsetzen, welche den Schutz der Menschenrechte sowie einen gerechten Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln, medizinischer Versorgung und ökonomischer Unterstützung ins Zentrum stellt.

2. MASSNAHMEN ZUR EINDÄMMUNG DER PANDEMIE UND ZUM SCHUTZ DER GESUNDHEIT

Eine effiziente Eindämmung der Pandemie ist – neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals – kurzfristig die einzige Möglichkeit, die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung sicherzustellen, vulnerable Personen zu schützen und die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Pandemie auf ein Minimum zu reduzieren. Die GRÜNEN sehen diesbezüglichen Handlungsbedarf insbesondere in den nachfolgend aufgeführten Bereichen.

2.1 STRATEGIE VON BUND UND KANTONEN ZUR EINDÄMMUNG DER PANDEMIE

Trotz der anhaltenden Warnungen seitens der Swiss National COVID-19 Science Task Force konnte der stetige Anstieg der Fallzahlen seit dem Sommer lange nicht gestoppt werden. Sowohl die Kantone wie auch der Bund haben lange nur sehr zögerlich auf die konstant steigenden Fallzahlen reagiert. Nach wie vor hat die Schweiz im Vergleich zu ihren Nachbarländern – und trotz der sehr angespannten epidemiologischen Lage –

vergleichsweise wenig Einschränkungen erlassen. Zwar konnte der Anstieg der täglichen Fallzahlen mittlerweile gestoppt oder zumindest gebremst werden, die Strategie der Schweiz hat dennoch einschneidende Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung und die wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten.

Das zögerliche Vorgehen von Bund und Kantonen scheint insbesondere dem starken Druck der Wirtschaftsverbände und der bürgerlichen Parteien, sowie der Angst vor vermeintlich negativen ökonomischen Auswirkungen (zu) starker Einschränkungen geschuldet. Darüber hinaus haben, trotz der Erfahrungen der ersten Welle, auch diverse operative Fehler die erneute Ausbreitung des Virus gefördert (überlastetes und ineffizientes Contact Tracing, langsames Ausstellen von Covid-19-Codes, langsames Testing, ineffizientes Meldewesen etc.).

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Die Angst vor vermeintlichen negativen Konsequenzen darf nicht dazu führen, dass epidemiologisch sinnvolle Massnahmen nicht oder erst zu spät ergriffen werden. Ein unkontrollierter Ausbruch des Virus führt nicht nur zu vermeidbaren Erkrankungen und Todesfällen, sondern ist auch volkswirtschaftlich teurer als eine funktionierende Eindämmungsstrategie.** Statt vorschneller Öffnungsschritte muss sich ein vorsichtiger Umgang mit der Pandemie etablieren.
- **Der Bundesrat muss endlich eine verbindliche Strategie zur Eindämmung des Coronavirus vorlegen und seine Massnahmen auf vorab definierten Zielgrössen (z.B. bezüglich der Fallzahlen oder der Reproduktionsrate) hin ausrichten.** Die Zieldefinition und die Massnahmen müssen sich stärker als heute auf Empfehlungen der Swiss National COVID-19 Science Task Force abstützen.
- Die wirksamste Massnahme zur Eindämmung des Coronavirus bleibt derzeit nach wie vor die TRIQ-Strategie (Testen, Rückverfolgen, Isolieren, Quarantäne). Bund und Kantone müssen endlich für eine konsequente Durchsetzung dieser Strategie sorgen. Sie müssen sicherstellen, dass die notwendigen Testkapazitäten vorhanden, die Testmöglichkeiten genutzt, die Testergebnisse rascher vorliegen und das Contact-Tracing deutlich effizienter und schneller durchgeführt wird als bisher. Eine neuerliche Überlastung des Contact-Tracing ist unter allem Umständen zu verhindern. In Bezug auf die Eindämmungsstrategien sind zudem auch die Erfahrungen aus dem Ausland einzubeziehen.
- Die behördlichen Reaktionen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie müssen durch die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (GPK) sorgfältig aufgearbeitet werden, um daraus Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen. Gegenstand dieser Untersuchung bilden insbesondere die Pandemievorbereitungen, die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen sowie die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln, Medizinprodukten und Schutzmaterial.

2.2 SCHUTZ VULNERABLER PERSONEN

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind – aus gesundheitlichen, sozialen oder ökonomischen Gründen – besonders von der derzeitigen Krise betroffen. Dazu zählen etwa ältere Menschen, Risikopatient*innen, Geflüchtete oder Menschen mit Behinderung. **Für die GRÜNEN ist klar, dass der Schutz dieser Personen im Zentrum der Pandemiebewältigung stehen muss und nicht vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden darf.**

Viele Expert*innen gehen etwa davon aus, dass die Folgen der Pandemie – Arbeitslosigkeit, existenzielle Ängste, fehlende soziale Kontakte – für verschiedene Bevölkerungsgruppen das Risiko von *psychischen Belastungen* erhöht. Besuchsverbote, Einsamkeit und Isolation können gerade für Personen in Alters- und Pflegeheimen belastend wirken. Mittel- und langfristige Auswirkungen werden aber auch bei Kindern und Jugendlichen erwartet. Ausserdem wird seitens Expert*innen ein Anstieg von Suiziden oder Suizidversuchen befürchtet.

Darüber hinaus sind beispielsweise auch *Menschen mit Behinderung* besonders von der Pandemie betroffen. Insbesondere in der ersten Welle hat sich gezeigt, dass deren Bedürfnissen bei den Massnahmen und der Kommunikation der Behörden teilweise nur ungenügend Rechnung getragen wurde. Schliesslich hat die Krise auch besondere Auswirkungen auf *Geflüchtete* – im In- und im Ausland. Die sanitäre Lage ist in vielen Flüchtlingslagern der Welt – und auch an den Aussengrenzen Europas – katastrophal. Und auch in der Schweiz haben verschiedene Fälle gezeigt, dass die Schutzmassnahmen des BAG in den Unterkünften von Bund oder Kantonen nur ungenügend umgesetzt und verschiedene Grundrechte unnötigerweise eingeschränkt wurden.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Die Auswirkungen der Krise auf die psychische Gesundheit müssen mittels eines Monitorings beobachtet werden.** Darüber hinaus sind die Empfehlungen der im Auftrag des BAG erstellten Studie¹ umzusetzen (u.a. Reduktion struktureller Risikofaktoren für psychische Erkrankungen, Massnahmen gegen die Vereinsamung, Zugang zu psychosozialer Unterstützung und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung sicherstellen etc.)
- **Das Bundesamt für Gesundheit überprüft umgehend den Aktionsplan Suizidprävention und baut ein nationales Suizidmonitoring auf.** Der Bund stellt den relevanten Akteur*innen rasch zusätzliche Mittel für die Suizidprävention zur Verfügung.
- **Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung müssen im weiteren Verlauf der Pandemie explizit berücksichtigt werden.** Dies gilt etwa für Massnahmen und Informationen der Behörden, welche sich direkt an Menschen mit Behinderungen richten. Darüber hinaus müssen Behindertenorganisationen und die Leistungserbringer im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege besser in die Bewältigung der Pandemie einbezogen werden. Sollte es aufgrund von Engpässen in der Intensivmedizin zu Triageentscheiden kommen, dürfen diese Menschen mit Behinderungen nicht diskriminieren.
- **Im Asylbereich müssen die BAG-Richtlinien und Massnahmen konsequent umgesetzt und der Zugang zum Asylverfahren auch während der Pandemie stets sichergestellt werden.** Auf Überstellungen in Staaten, die auf der Risikoliste des BAG stehen, ist zu verzichten. Sonderregeln für Asylsuchende, welche eine Einschränkung der Grundrechte darstellen, lehnt die Grüne Fraktion entschieden ab.
- **Um die unhaltbaren sanitären Zustände in verschiedenen Flüchtlingslagern zu beenden, muss die Schweiz nicht nur die Hilfe vor Ort ausbauen, sondern v.a. rasch mehr Geflüchtete aufnehmen.**

¹ BASS 2020: [Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz](#). Erster Teilbericht. Studie im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit.

2.3 KAPAZITÄTEN DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Sowohl die erste wie auch die zweite Corona-Welle haben gezeigt, dass die Gesundheitseinrichtungen – und insbesondere Intensivpflegeplätze – im Falle eines unkontrollierten Ausbruchs schnell an die Kapazitätsgrenzen gelangen können. Während die ‚technischen‘ Limiten – mindestens nach der Erfahrung der ersten Welle – rasch erhöht werden können (Anzahl Betten, Anzahl Beatmungsgeräte etc.) ist dies im Bereich des Gesundheitspersonals kurzfristig nur begrenzt möglich. Die enorme Belastung des Gesundheitspersonals ist denn auch direkte Folge von seit längerem bestehenden strukturellen Problemen.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- Bund und Kantone müssen in enger Zusammenarbeit und mit einer gemeinsamen, schweizweiten Planung sicherstellen, dass zu jeder Zeit ausreichend (Intensiv-) Pflegeplätze und das dafür notwendige Personal zur Verfügung stehen. **Ein Kollaps der Gesundheitseinrichtungen ist unter allen Umständen zu vermeiden.**
- Zur kurzfristigen Entlastung des Gesundheitspersonals und für die Anerkennung der ausserordentlichen Leistungen in diesem Jahr, wird dem Gesundheitspersonal wahlweise ein zusätzlicher Monatslohn oder ein Monat bezahlter Urlaub gewährt. Die Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes dürfen für das Gesundheitspersonal nicht erneut eingeschränkt werden.
- Zur mittelfristigen Behebung des strukturellen Personal- und Pflegenotstands müssen die Anstellungsbedingungen des Gesundheitspersonals verbessert, der Fachkräftemangel mittels Umschulungs- und Weiterbildungsmassnahmen behoben und der Personalbestand in den Gesundheitseinrichtungen erhöht werden.
- Längerfristig muss das Gesundheitswesen wieder vermehrt als öffentliche Aufgabe respektive als Service Public verstanden werden, bei welchem nicht primär Profit oder Kosteneffizienz im Zentrum stehen. Reservekapazitäten sind im Gesundheitswesen höher zu gewichten als der Wunsch nach einer maximalen Kapazitätsauslastung.
- Die Angst vor Betriebs- und Einnahmeausfällen darf nicht dazu führen, dass Wahleingriffe zu spät verschoben und damit die Kapazität des Gesundheitssystems überschritten wird. Bund und Kantone müssen hierzu Regelungen für die Deckung von Einnahmeausfällen vorsehen. Gleichzeitig muss auch die medizinische Versorgung von Nicht-Covid-Patient*innen jederzeit aufrechterhalten werden.

2.4 NATIONALE UND GLOBALE IMPFSTRATEGIE

Der Bund ist bereits heute in Verhandlung mit verschiedenen Impfstoffproduzenten oder hat bereits entsprechende Kaufvereinbarungen abgeschlossen. Der Bundesrat hat hierfür bisher 400 Millionen Franken bewilligt. Das BAG rechnet derzeit damit, dass eine Impfung gegen das Coronavirus noch im ersten Halbjahr 2021 vorliegt. Ein effektiver und sicherer Impfstoff dürfte sich als wichtige Massnahme in der Bekämpfung der Pandemie herausstellen, sofern dieser von der Bevölkerung akzeptiert wird und die entsprechende Logistik frühzeitig sichergestellt werden.

Das globale Rennen nach einem Impfstoff führt zu einer Nachfrage, welche das Angebot v.a. in einer ersten Phase deutlich übersteigen dürfte. Bereits heute ist darum absehbar, dass einkommensschwache Staaten aufgrund der Mengenbeschränkungen oder einer schlecht ausgebauten Logistik leer ausgehen könnten. Als reiches Industrieland steht die Schweiz in der Verantwortung, auch auf globaler Ebene einen gerechten Zugang zu den Impfstoffen zu ermöglichen. Der Bund beteiligt sich bisher mit 20 Millionen Franken an der

länderübergreifenden COVAX-Initiative, welche u.a. einkommensschwachen Ländern den Zugang zu Impfstoffen ermöglichen soll.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Um die Akzeptanz einer Impfung sicherzustellen, ist seitens der Behörden eine kohärente, klare und transparente Informationspolitik über die Zulassung, die Wirksamkeit und die Risiken der Impfstoffe unabdingbar.** Die Impfungen müssen der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- **Menschen, welche auf eine Impfung verzichten, dürfen keinerlei (soziale) Nachteile oder Druck erfahren. Ein Impfwang wird von der Grünen Fraktion abgelehnt.**
- Bund und Kantone müssen die komplexe Logistik zur Lagerung und Verteilung der Impfstoffe sorgfältig vorbereiten und sicherstellen, dass eine national koordinierte und transparente Impfstrategie frühzeitig vorliegt.
- Der Druck für eine rasche Zulassung des Impfstoffes darf nicht dazu führen, dass bestehende Sicherheitsstandards gesenkt werden. Für ein besseres Verständnis der Wirkungen, Nebenwirkungen und Risiken der Impfstoffe lanciert der Bundesrat ein begleitendes [Nationales Forschungsprogramm](#) oder finanziert eine längerfristig angelegte [Kohortenstudie](#).
- Die Impfersteller dürfen nicht von den gesetzlichen Haftungsbestimmungen ausgenommen werden.
- **Die Schweiz muss sich stärker dafür engagieren, dass auch einkommensschwachen Ländern der Zugang zu Impfstoffen und Arzneimitteln ermöglicht wird.** Die bisher zugesagten finanziellen Mittel müssen dafür mindestens verdoppelt werden. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit aller Staaten muss sich die Schweiz im Rahmen der WTO [für zeitlich begrenzte Ausnahmebestimmungen im Bereich des Geistigen Eigentums](#) einsetzen.

3. MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN FOLGEN DER PANDEMIE

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Corona-Pandemie nicht nur zu einer Gesundheitskrise führt. Die Verbreitung des Virus und die Massnahmen zu dessen Eindämmung sind auch Ursache einer Reihe von weiteren ökonomischen und sozialen Problemen, welchen sich die Politik annehmen muss.

3.1 WIRTSCHAFTLICHE ABFEDERUNG DER KRISE

In der ersten Phase der Pandemie hat der Bundesrat früh Massnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzuschwächen. Der weitere Ausbau dieser Hilfsmassnahmen und das Schliessen von Lücken in diesem Sicherungsnetz gelang anschliessend nur noch mittels hohen Drucks aus dem Parlament. **Die Diskussionen zur Unterstützung von Härtefällen oder das Trauerspiel rund um den Geschäftsmietenerlass haben deutlich gemacht, dass die bürgerlichen Parteien einzig die Interessen der grossen Konzerne schützen. Den Grossteil der hiesigen Wirtschaft – Klein- und Kleinstunternehmen, Kulturschaffende, Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer*innen – lassen die Bürgerlichen jedoch im Regen stehen.** Bundesrat und Parlament haben auf diese Weise auch verhindert, dass die ökonomischen Unterstützungsmassnahmen rechtzeitig für die zweite Welle zur Verfügung stehen. Der

vermeidbare Anstieg von Konkursen, Entlassungen, Arbeits- und Perspektivlosigkeit ist direkte Folge dieser verantwortungslosen Politik.

Seit Beginn der Krise haben sich die GRÜNEN stark dafür eingesetzt, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung zu beschränken. Nur wenn dies gelingt kann auch die Akzeptanz der epidemiologisch begründeten Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufrechterhalten werden.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Die noch bestehenden Lücken im Sicherungsnetz müssen umgehend geschlossen werden.** Dazu zählt etwa ein hundertprozentiger Lohnersatz für Geringverdiener*innen, eine rasche Umsetzung der Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose oder grosszügige und effiziente Unterstützungsprogramme für besonders von der Krise betroffenen Branchen wie etwa die Kultur oder die Gastronomie.
- **Die Hilfsmassnahmen müssen für die gesamte Dauer der Pandemie aufrechterhalten werden und dürfen nicht wieder vorzeitig eingestellt werden.**
- Der Bezug von Sozialhilfe darf auch im weiteren Verlauf der Pandemie nicht zu einer Einschränkung des Aufenthaltsrechts führen.
- Weitere Rettungspakete für die Flugindustrie müssen an strikte Bedingungen geknüpft werden. Dazu zählen insbesondere Umweltauflagen und Umschulungsprogramme für das Personal.
- Die Ausgaben zur Bewältigung der Krise dürfen nicht mittels Abbaumassnahmen in anderen Bereichen finanziert werden, welche die Krise nur noch weiter verschlimmern. Stattdessen setzt sich die Grüne Fraktion für einen [befristeten Solidaritäts-Zuschlag auf Dividenden und Kapitaleinlagereserven](#) ein.

3.2 AUSWIRKUNG DER PANDEMIE AUF DIE FRAUEN* UND DIE GLEICHSTELLUNG

Die Corona-Pandemie hat in verschiedenen Lebensbereichen Einfluss auf die Gleichstellung der Geschlechter und auf die Situation von Frauen. Aus verschiedenen Regionen der Schweiz wird für das laufende Jahr beispielsweise ein besorgniserregender Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt oder eine Zunahme von Anfeindungen in den sozialen Netzwerken gegen Mitglieder der LGBTIQ*-Community festgestellt. Die Coronakrise hat zudem auch die ungleichen Arbeitsbedingungen zwischen den Geschlechtern nochmals verschärft. Gerade in systemrelevanten Berufen wie im Detailhandel oder im Sozial- und Gesundheitswesen, die typischerweise einen hohen Frauenanteil aufweisen, ist die Belastung deutlich gestiegen: Frauen tragen am Arbeitsplatz folglich die Hauptlast dieser Krise. Symptomatisch ist auch, dass die Corona-Beratungsstäbe des Bundes hauptsächlich aus Männern bestehen, obwohl hinreichend bekannt ist, dass geschlechtergemischte Teams bessere Resultate produzieren. Schliesslich hat der verstärkte Gebrauch von Homeoffice die wichtige Rolle familienexterner Kinderbetreuung und von Schulen mit Tagesstrukturen nochmals verdeutlicht.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Die Entwicklung von häuslicher Gewalt muss von Bund und Kantonen genau beobachtet werden.** Es ist (seitens der Kantone) sicherzustellen, dass die Kapazitäten der Opferhilfe einem allfälligen Anstieg angepasst werden.
- **„Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit“: Die Forderungen des Frauen*streiks sind mitten in der Corona-Pandemie wichtiger denn je.** Die Politik muss hier endlich Antworten finden und insbesondere die Arbeitsbedingungen in Berufen, die einen hohen Frauenanteil aufweisen, rasch verbessern.

- Die familienexterne Kinderbetreuung muss gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Die Aufbauarbeit der letzten Jahre darf nicht durch Einnahmeausfälle und Abbaumassnahmen zunichte gemacht werden.
- Der Bund setzt sich für einen Ausbau von Tagesschulen ein.
- Die Beratungsorgane des Bundes müssen bezüglich des Geschlechterverhältnis ausgeglichen sein.

3.3 DEMOKRATISCHE RECHTE

Die Corona-Pandemie hat auch starke Auswirkungen auf die Ausübung der politischen Rechte und die Demokratie. So gestaltet es sich als zunehmend schwierig, Unterschriften für Referenden, Volksinitiativen oder Petitionen zu sammeln. Darüber hinaus sind verschiedene Formen des Wahl- und Abstimmungskampfes (Podien, Standaktionen etc.) nur noch unter erschwerten Bedingungen möglich. Zumindest in der ersten Pandemiewelle war zudem auch das Demonstrationsrecht empfindlich eingeschränkt. Die GRÜNEN haben sich seit jeher als Vorkämpfer*innen der demokratischen Mitbestimmung und des Ausbaus der politischen Rechte verstanden. **Die Grüne Fraktion ist darum überzeugt, dass die aktuelle Krise dazu genutzt werden muss, um das demokratische Instrumentarium gezielt zu verbessern und auszubauen.**

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Es ist unerlässlich, dass das Sammeln von Referenden und Initiativen weiterhin möglich ist und nicht an den pandemiebedingten Einschränkungen scheitert.** Seitens des Bundesrates sind deshalb gezielte Erleichterungen, wie beispielsweise ein Fristenstillstand oder eine Fristenverlängerung, erneut zu prüfen und umzusetzen.
- **Ausländer*innen und Jugendliche sind von der Pandemie mindestens genauso stark betroffen, wie die Schweizer Stimmbevölkerung – und sie sollten deshalb auch über die politischen Antworten auf solche Krisen mitentscheiden können.** Die Grüne Fraktion setzt sich folglich weiterhin für das Stimmrechtsalter 16 und den Ausbau des Ausländer*innen Stimm- und Wahlrechts ein.
- Das Demonstrationsrechts ist gerade in Krisenzeiten von hoher Bedeutung, damit die Bevölkerung ihre Anliegen an die institutionelle Politik herantragen kann. Im Gegensatz zur ersten Welle kann der Gesundheitsschutz an Demonstrationen – z.B. mittels Schutzkonzepten oder dem Tragen von Masken – gewährleistet werden. Die Grüne Fraktion lehnt deshalb erneute Einschränkungen des Demonstrationsrechts ab und plädiert dafür, politische Demonstrationen auf dem Bundesplatz auch während des laufenden Parlamentsbetriebs zuzulassen.
- Eine vielfältige und unabhängige mediale Öffentlichkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die Ausübung der politischen Rechte und für die Demokratie als Ganzes. Die Grüne Fraktion bekräftigt deshalb ihr Engagement für eine zeitgemässe Medienförderung, welche auch Online-Medien miteinbezieht.
- Für die Sicherstellung des Parlamentsbetriebs muss die Teilnahme an Ratssitzungen aus der Ferne auch im Falle von Krankheit, Quarantäne oder Isolation ermöglicht werden.

3.4 GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATION UND SOLIDARITÄT

Im Zuge der ersten Corona-Welle sind in ganz Europa Grenzübergänge geschlossen worden. Die Lebensrealität vieler Menschen, insbesondere in Grenzgebieten, ist heute nicht mehr auf einen Staat beschränkt. Insbesondere für nicht verheiratete binationale Paare oder

Familien waren die Einschränkungen einschneidend, aber auch berufliche Grenzgänger*innen waren mit einem hohen Grad an Unsicherheit konfrontiert. Darüber hinaus haben die Erfahrungen der ersten Welle gezeigt, dass in Krisensituationen statt der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität schnell nationale Egoismen dominieren und auch stark betroffene Länder von der (europäischen) Staatengemeinschaft im Stich gelassen wurden. Auch die Schweizer Aussenpolitik hat es verpasst, in dieser Krise die Rolle der internationalen Gemeinschaft zu stärken und die politisch motivierten Angriffe, beispielsweise durch die Regierung Trump auf die WHO, abzuwehren respektive zu verurteilen.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Die globale Pandemiebewältigung kann nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur durch internationale Kooperation und Solidarität gelingen.** Die Schweiz muss sich für eine entschlossene, multilaterale Krisenbewältigung einsetzen, welche den Schutz der Menschenrechte – darunter das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit – sowie einen gerechten Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln, medizinischer Versorgung und ökonomischer Unterstützung ins Zentrum stellt. Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung der zuständigen UNO-Gremien, darunter insbesondere die WHO, ein und sie erhöht ihr Budget für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich.
- **Stark betroffene Staaten und Regionen müssen, falls dies notwendig ist, mit medizinischem Material und Personal unterstützt werden. Kritische Ressourcen, wie z.B. Intensivpflegebetten, müssen unseren Nachbarstaaten bei einer drohenden Überlastung des jeweiligen Gesundheitswesens zur Verfügung gestellt werden.**
- **Die Situation länderübergreifender Grenzregionen ist besonders zu berücksichtigen.** Auf weitere pauschale Grenzschiessungen ist unter allen Umständen zu verzichten, der grenzüberschreitende öffentliche Verkehr wird unter Einhaltung der Schutzkonzepte aufrechterhalten.

3.5 DIGITALISIERUNG

Die vergangenen Monate haben verschiedene Chancen aber auch Gefahren der Digitalisierung aufgezeigt. Für viele Arbeitnehmer*innen ist der regelmässige Einsatz von Homeoffice eine neue – und durchaus auch positive – Erfahrung. Auch Bildungseinrichtungen konnten viel Erfahrung mit Fernunterricht sammeln. Der Fernunterricht kann dabei den traditionellen Unterricht zwar sinnvoll ergänzen, den sozialen und persönlichen Austausch allerdings nicht vollständig ersetzen. Während des Lockdowns im Frühjahr hat sich etwa gezeigt, dass sich gerade bei jüngeren und lernschwächeren Schüler*innen die Lernfortschritte im Homeschooling verlangsamt haben. Problematisch ist insbesondere auch, dass in dieser Zeit die Unterschiede zwischen den Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen haben. Auch die gestiegene Nachfrage im Bereich E-Commerce oder im Bereich der Plattformwirtschaft kann zu negativen Konsequenzen führen – für die Umwelt und für die Arbeitnehmer*innen.

Digitale Daten haben – das zeigt die derzeitige Pandemie fast schon exemplarisch – auch für die Steuerung der Politik eine immer grössere Bedeutung. Die Sammlung, Aufbereitung und Veröffentlichung von Daten durch die Behörden muss allerdings noch deutlich verbessert und die Datengrundlage verbreitert werden. Nur so kann eine schnelle und faktenbasierte Reaktion auf die Pandemie sichergestellt werden. Darüber hinaus muss selbstverständlich auch der Schutz der Privatsphäre vollumfassend garantiert und der Energie- und Ressourcenverbrauch gesenkt werden.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Eine flächendeckende Schliessung von Schulen aber auch von höheren Bildungseinrichtungen muss so lange wie möglich verhindert werden. Sollte es trotzdem zu Schulschliessungen kommen, sind – um die Bildungsgerechtigkeit zu garantieren – zwingend Ergänzungs- oder Unterstützungsangebote für schwächere Schüler*innen vorzusehen.**
- Die Grüne Fraktion unterstützt einen Ausbau und die Förderung digitaler Infrastrukturen – etwa im Bereich der Verwaltung oder bei Bildungseinrichtungen. Im Falle von Bildungseinrichtungen darf der Fernunterricht das reguläre Angebot aber nicht ablösen, sondern er soll dieses sinnvoll ergänzen.
- Die Grüne Fraktion unterstützt Bemühungen zu einem verstärkten Einsatz von Homeoffice, Telearbeit oder Coworking, sofern dies auch für die Arbeitnehmer*innen zu besseren Arbeitsbedingungen und keiner Verschlechterung des Gesundheitsschutzes führt. Der Bund soll darüber hinaus die Auswirkungen von zunehmendem Einsatz von Homeoffice, Telearbeit oder Coworking auf die Mobilität, die Raumplanung und den Wohnungsbau untersuchen.
- Der arbeitsrechtliche und soziale Schutz der Arbeitnehmer*innen muss auch im Bereich der Plattformwirtschaft uneingeschränkt gelten.
- **Zur effizienteren Steuerung der Pandemiemassnahmen müssen das Meldewesen, die Datenerhebung und die Datenaufbereitung durch Bund, Kantone und Gesundheitseinrichtungen vervollständigt, verbessert und ausgebaut werden. Dem Schutz der Privatsphäre ist gerade bei heiklen Daten besondere Beachtung zu schenken.**

4. CHANCE FOR CHANGE : GRÜNER UND SOZIALER AUS DES KRISE

Die Corona-Pandemie hat die Verletzlichkeit unserer Wirtschaft schonungslos aufgezeigt. Neben einer Beschränkung der ökonomischen Auswirkungen der Pandemie (siehe dazu Kapitel 3.1) müssen wir diese Krise nutzen, um den sozialen und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. **Angesichts der steigenden ökonomischen Ungleichheit und der nach wie vor ungelösten Klimakrise, müssen wir grüner und sozialer aus dieser Pandemie herausfinden.**

Viele Staaten haben in der Zwischenzeit ambitionierte Konjunktur- und Impulsprogramme beschlossen, welche auch die ökologische Transformation berücksichtigen.² Solche Programme schaffen Perspektiven für Arbeitnehmer*innen, die in Branchen mit einem beschleunigten Strukturwandel beschäftigt sind. Sie sind darüber hinaus beschäftigungswirksam und beschleunigen die notwendige Transformation hin zu einer grüneren Wirtschaft, welche die planetaren Belastungsgrenzen respektiert. In der Schweiz blieben solche Forderungen bislang ungehört. Die bisherigen Massnahmen des Bundes beschränken sich denn auch weitestgehend auf den Strukturertalt respektive auf die Abfederung ökonomischer Einbussen.

Forderungen der Grünen Fraktion:

- **Eine rasche Umsetzung des 3-Punkteplans. Der 3-Punkteplan sieht eine Verdoppelung der Förderung von erneuerbarem Strom, ein Bildungs- und Umschulungsprogramm sowie eine ambitionierte Care-Offensive vor. Der 3-**

² Siehe dazu z.B. [OECD-Policy-Brief: «Making the green recovery work for jobs, income and growth»](#) (06.10.2020).

Punkte-Plan ist damit beschäftigungswirksam, schafft neue Perspektiven und beschleunigt die Transformation hin zu einer grünen Wirtschaft

- Eine rasche Umsetzung des [Covid-Impulsprogramms Energie und Biodiversität](#) und des [Covid-Impulsprogramms zur Stärkung einer resilienten Wirtschaft und Gesellschaft](#). Die Impulsprogramme müssen so ausgestaltet sein, dass sie die Anforderungen an eine nachhaltige, klimagerechte Wirtschaft und Gesellschaft erfüllen und somit einen Beitrag zur Lösung des Klimanotstands leisten. Eine rasche Senkung des CO₂-Austosses und des Energieverbrauchs, wie ihn die GRÜNEN in ihrem [Klimaplan](#) darlegen. **Die Klimakrise darf auch während dieser Pandemie nicht vergessen werden!**
- **Eine verstärkte Förderung der Grünen Wirtschaft.** Die Einführung der Kreislaufwirtschaft ist für die Schweiz als Wissens- und Forschungsstandort eine grosse Chance – wir müssen jetzt in der Krise eine Pionierrolle einnehmen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Investitionen in eine ökologische Wirtschaft schaffen tausende von Arbeitsplätzen und sichern die Wettbewerbsfähigkeit von in der Schweiz ansässigen Betrieben.
- Als rasche Antwort auf die globale Klimakrise und die Bedrohung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen müssen jetzt die Weichen gestellt werden für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft. Pestizide, Überdüngung und Massentierhaltung haben die Bäuerinnen und die Bauern in eine Sackgasse geführt. Eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft bringt auch für sie neue Perspektiven.
- Die Klimaerhitzung wird in Zukunft auch zu verschiedenen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit führen. Dies zum Beispiel aufgrund einer Zunahme von extremen Wetterereignissen oder wegen sich verschlechternden Umweltbedingungen. Die Grüne Fraktion fordert den Bundesrat dazu auf, sich vertieft mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und sie zu untersuchen.